

12. 10. 1972 an die Teilnehmer am Europagespräch über die Seelsorge in der Welt der Arbeit; AAS (1972) 683–687; deutsch in: Unser Dienst, 6. Jg. (1973), Heft 1, S. 45–48. ²⁰ Vgl. „Gottesdienst“, in: SYNODE 3/1975, 2.4.1 (S. 59).

²¹ Vgl. Die Beteiligung der Laien an der Verkündigung – Ein Beschluß der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Heftreihe SYNODENBESCHLÜSSE, Nr. 1, 2.2 (S. 7f.), bes. 2.2.2. ²² Vgl. Schwerpunkte heutiger Sakramentepastoral – Ein Beschluß der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Heftreihe SYNODENBESCHLÜSSE, Nr. 7, B. 3.3 (S. 17), C. 9 (S. 29), B. 3.4 (S. 18).

²³ Ansprache vom 12. 10. 1972, aaO. ²⁴ Ansprache vom 12. 10. 1972, aaO.

²⁵ Vgl. Die Orden und andere geistliche Gemeinschaften – Auftrag und pastorale Dienste heute. Ein Beschluß der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Heftreihe SYNODENBESCHLÜSSE, Nr. 5, 3.1.2 (S. 12).

²⁶ Zu Aufgaben und Aufbau der Betriebsseelsorge vgl. auch „Leitsätze der Pastoral für Berufs- und Arbeitswelt. – Beschlossen bei der Jahrestagung 1970 in München-Fürstenried von den Mitarbeitern der Arbeitsstellen für die Pastoral für Berufs- u. Arbeitswelt in den deutschen Diözesen“; in: Unser Dienst, Zeitschrift für Seelsorge in der Arbeitswelt, 3. Jg. (1970), Heft 6, S. 161–165. ²⁷ Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche, Beschluß, in: SYNODE 1/76; Teil II: Ort und Funktion der katholischen Verbände. ²⁸ II. Vat. Konzil, Gaudium et Spes (Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“), 43.

Länderbericht

Indochina ein Jahr nach dem Umbruch

Als am 17. April vorigen Jahres die kambodschanische Hauptstadt Phnom Penh und am 30. April die südvietnamesische Hauptstadt Saigon fiel, war das Schicksal dieser beiden Länder besiegelt. Der militärische Sieg der kommunistischen Verbände und der späte, dann aber überstürzte Rückzug der Amerikaner markierten einen Wendepunkt im asiatischen Kräftespiel, dessen ganzes Ausmaß auch jetzt noch nicht zu erfassen ist. Hier wurden grausame Kriege beendet, die Millionen Menschen das Leben kosteten, ganze Völker spalteten und Emotionen in aller Welt aufwühlten, verheerende, teilweise nie wieder gutzumachende Schäden anrichteten und unsagbares Leid brachten. Das alles geschah mit dem ständigen Hinweis beider Seiten, sie wollten nur das Beste für die betroffenen indochinesischen Völker. Es gehe um Unabhängigkeit, Befreiung und nationale Einheit, um soziale Gerechtigkeit und Frieden. Von amerikanischer Seite kam das Argument hinzu, man wolle mit dem totalen Einsatz in Vietnam und Kambodscha verhindern, daß weitere asiatische Länder kommunistisch würden. Die oft belächelte oder aber stark angezweifelte Dominotheorie, die sich aus dieser Überzeugung entwickelt hatte, scheint sich allerdings jetzt bereits zu bewahrheiten. Die kaum noch beachtete unblutige Machtübernahme durch die Kommunisten in Laos im September vorigen Jahres und die erst kürzlich offen von Hanoi eingestandene Zielsetzung, mit Hilfe massiver Unterstützung von Guerillaverbänden in Thailand und Malaysia eine geschlossene Machtgruppierung zu schaffen, sind erste Beweise für die Stichhaltigkeit der These.

Unmittelbar nach den Ereignissen vom April vorigen Jahres bemühten sich fast alle asiatischen Nachbarstaaten – mit Ausnahme von Nationalchina und Südkorea – um eine Anpassung an die neuen Realitäten. Sie suchten Kontakte zu Peking und Hanoi und glaubten so, einigermaßen abgesichert zu sein. Inzwischen mußten sie jedoch erkennen, daß die Realität viel komplexer ist, daß es

Rivalitäten zwischen Moskau, Peking, Hanoi und Kambodscha gibt, daß der Prozeß der Neuorientierung und des Umbruchs noch keineswegs abgeschlossen und der eigentliche „Sieger“ noch unbekannt ist. Insofern können natürlich auch alle Aussagen über die Entwicklung im letzten Jahr nur Schlaglichter und Zwischenbilanzen sein. Die Euphorie der ersten Zeit bei den unmittelbar Betroffenen und den Befürwortern des amerikanischen Rückzugs jedenfalls ist weithin gewichen, Ernüchterung und teilweise Enttäuschung sind dagegen vielfach zu spüren. So kam der amerikanische „National Catholic Reporter“, der einer der eifrigsten Verfechter der Anti-Vietnam-Aktionen in den Vereinigten Staaten war, kürzlich (20. 3. 76) zu dem Ergebnis, mit einer so großen Mißachtung der Menschenrechte habe man nicht gerechnet. Auf diesen Hinweis folgt oft die ausweichende Entschuldigung, man dürfe aber nicht vergessen, daß dafür nun der schreckliche Krieg beendet sei. In den USA, wo man von all dem möglichst nichts mehr hören will, spitzt sich die Diskussion über diese Frage zwischen einzelnen engagierten Katholiken stark zu, wovon zahlreiche Beiträge in „America“, „Commonweal“, „National Catholic Reporter“ und „NCNS“ zeugen. So warf z. B. Patrick O'Connor SSC den christlichen Gruppen, die sich während des Indochinakrieges unermüdlich gegen das amerikanische Engagement wehrten, jetzt vor, sie als „zweite Front“ hätten maßgeblich – bewußt oder unbewußt – den Sieg der Kommunisten gefördert. Deshalb müßten sie sich heute die Frage gefallen lassen, ob sie in gleichem Maße ihren Einfluß geltend machten, um Politik und Handlungen in Süd- und Nordvietnam zu mäßigen (NCNS, 5. 12. 75). Einer der Verantwortlichen der christlichen Friedensgruppe „Clergy and Laity Concerned About Vietnam“, John B. Sheerin CSP, wies diesen Vorschlag entschieden zurück. Er fand den Einfluß dieser Bewegung überzeichnet und verwies auf die Aufgabe dieser Organisation, amerikanisches Denken und Handeln zu beeinflussen. Er glaube

nicht, daß irgendeine amerikanische Organisation einer ausländischen Regierung oder einem anderen Volk sagen solle, was sie zu glauben oder wie sie zu handeln hätten, denn das wäre „widerlicher Kolonialismus“.

Während diese Frage sicherlich noch lange im Mittelpunkt des Interesses stehen wird, muß man sich doch fragen, was geht wirklich in diesen Ländern vor sich, was ist über die jüngsten Vorgänge und Entwicklungen überhaupt zu erfahren?

Kambodscha: Agrarkommunismus hinter verschlossenen Türen

Kambodscha oder „Demokratisches Kampuchea“, wie es sich jetzt offiziell nennt, ist das derzeit wohl isolierteste Land der Welt. Die Grenzen sind hermetisch abgeriegelt, selbst zwischen den inländischen Provinzen gibt es Kontrollen, Verkehrs- und Kommunikationssysteme über die Grenzen hinweg gibt es nicht mehr. Weder Telefon noch Fernschreiben, weder Brief noch Telegramme können diese selbst gesetzte Isolation durchbrechen. Nur zweimal wöchentlich besteht eine Flugverbindung zwischen Peking und Phnom Penh. Dies ist die einzige Verbindung nach draußen. Augenblicklich gibt es deshalb lediglich Informationen durch eine Analyse des staatlichen Rundfunkprogramms und durch die Berichte weniger Diplomaten, die Gelegenheiten zu kurzen Aufenthalten erhalten. Über die erste Zeit nach dem 17. April liegen dagegen die Aussagen der nach Thailand geflüchteten Kambodschaner und der ausgewiesenen Ausländer vor. Angesichts dieser minimalen Quellen muß dann allerdings auch Skepsis gegenüber all den Berichten der letzten Wochen angemeldet werden, die – wie die „New York Times“ – von 800 000 oder – wie „Time“ – von 500 000 ermordeten oder im letzten Jahr verhungerten Kambodschanern sprechen. Sicherlich hat sich in der Abgeschlossenheit Kambodschas eine unglaubliche Brutalität entladen, doch Zahlenangaben darüber lassen sich kaum verifizieren.

Belegt dagegen ist, daß praktisch alle nichtsoldatischen Einwohner geschlossen aus den Städten heraus aufs Land marschieren mußten, wo sie seitdem in der Agrarproduktion arbeiten. Sie erhalten eine minimale Reiserpflegung, die zentral gesteuert wird, und sonst nichts. Ein Land ohne Geld, ohne Löhne, ohne Läden, ohne Zeitungen, ohne Post nannte es der schwedische Botschafter in Peking, *Kaj Bjoerk*, nach einem kurzen Besuch Kambodschas (*Le Monde*, 8. 3. 76). Die fast völlig verlassen Städte machten einen „geisterhaften Eindruck“, und das Land befinde sich im Zustand einer „allgemeinen Mobilisierung“. Die Radikalität, mit der hier über die Menschen verfügt werde, sei mit nichts zu vergleichen. Interessant sein Hinweis, daß man nicht von Kommunismus oder Sozialismus spreche, sondern von „neuen kollektivistischen Ideen“.

Die Trennung von der kulturellen Vergangenheit scheint vollkommen zu sein. Nur noch Bauern und Soldaten sind

geduldet, wobei sich diese beiden Gruppen als Besiegte und Sieger fühlen. Im Gegensatz zu Südvietnam, wo mit großem Einsatz die Umerziehung auf allen Ebenen eingesetzt hat, scheinen sich die „Roten Khmer“ zunächst auf Umerziehung durch die Praxis zu beschränken. Bei dem totalen Landeinsatz, an dem Kinder ebenso wie Alte und Kranke teilnehmen, wird jeder so gebraucht und eingesetzt, daß für die Theorie nur wenig Zeit bleibt. Die Schulen sollen bisher nur in seltenen Fällen wieder geöffnet sein, neue Lehrpläne und Lehrbücher fehlen offensichtlich.

Das wichtigste Mittel für die Mobilisierung der Massen ist der Rundfunk. In den Sendungen, die der Franzose *François Ponchaud* (in: *Echange France-Asie*, Nr. 13) vom September bis November 1975 systematisch abgehört und analysiert hat, wird der Hauptakzent auf folgende Aufrufe oder Aussagen gelegt: 1. Wir als kleines Volk haben dank unseres Mutes, unseres revolutionären Geistes und unseres festen Willens den amerikanischen Imperialismus besiegt. 2. Die Unabhängigkeit und Souveränität können wir nur erhalten und stärken, indem wir Selbstvertrauen haben, uns auf die eigene Kraft verlassen und uns bewußt sind, daß wir alles meistern können. Die Herrschaft der Menschen über die Natur ist möglich. 3. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Voraussetzung für die allgemeine Unabhängigkeit. „Mit Reis kann man alles haben“, lautet das Motto. 4. Arbeit ist das Wichtigste, was von jedem verlangt wird: „Arbeit ist Kampf“.

Auffallend dabei ist die *teilweise Übereinstimmung mit maoistischem Gedankengut* („Die Natur ist besiegtbar, veränderbar“) bei gleichzeitiger Übernahme von *buddhistischen Regeln*. So ist der Slogan „Sich selbst helfen“ („*Klouon opathâm klouon*“) eine buddhistische Formel, die bereits unter Prinz Sihanouk vor 1970 als politische Regel Bedeutung hatte. Bei den Aussagen über die Wirtschaft fehlt fast jeglicher Hinweis auf die Industrialisierung. Man scheint sich vorerst vollständig auf die Landwirtschaft zu verlegen. Das gesamte Vokabular für die Verbreitung der Grundanschauungen erscheint quasi militärisch. Immer ist von „kämpfen“ und „angreifen“, vom „Aufspüren des Feindes“ und von großen „Siegen“ die Rede.

Übergangsphase abgeschlossen?

Die neue Organisation der Gesellschaft sieht den Zusammenschluß von jeweils zehn Familien zu einer Gruppe mit einem verantwortlichen Gruppenchef („mekrom“) vor. Mehrere Gruppen sind auf Dorfebene mit einem Dorfpräsidenten an der Spitze („prathien phoum“) zusammengefaßt. Die weitere Organisation sieht Komitees auf Dorf-, Kantons- und Distriktebene vor, die mit gestaffelten Befugnissen ausgestattet sind. Mehrfach wurde berichtet, daß die Familien auseinandergerissen werden. Während dies wohl bei verschiedenen Einsätzen zutreffend ist, stellte sich die Information, alle Kambodschaner müßten ihre

Namen ändern, als falsch heraus. Verboten ist lediglich die Beibehaltung der Benennung entsprechend der Stellung in Familie und Gesellschaft. Da die Khmer-Sprache keine Vornamen kennt, war man auf diesen Ausweg angewiesen. Heute gilt allgemein die Anrede „mêt“ (Genosse). Doch unter Freunden und Bekannten scheint man inzwischen eine Kombination von Tradition und Revolution in der Sprache gefunden zu haben. So setzt man hinter die Anrede „mêt“ entsprechend alter Gewohnheit die letzte Silbe des ersten Namensteils. *Narin Narapong*, Sohn von Prinz Sihanouk, wird entsprechend „Mêt Rin“ genannt.

Die größten Aufgaben, die das Land augenblicklich zu meistern hat, betreffen den Hunger und die Taktik im Umgang mit der Außenwelt. Erst wenn die Hungerschlacht gewonnen ist, dürfte mit einigen Auflockerungen und gewissen Öffnungen nach außen zu rechnen sein. Hinter der als brutal und unmenschlich empfundenen Mobilisierung der Bevölkerung steht das nicht zu übersehende Bemühen, Unabhängigkeit gegenüber allen fremden Einflüssen zu wahren. Moskau hat derzeit wohl ebensowenig in Phnom Penh mitzureden wie Hanoi, während Peking gute Beziehungen zu den neuen Machthabern hält. Durch die Anfang April von Prinz Sihanouk ausgesprochene Rücktrittserklärung ist aber in gewisser Weise wohl auch eine Einschränkung der Verbindungen zwischen beiden Staaten zu erwarten. Denn schließlich hatte der Prinz, der jahrelang im Pekinger Exil lebte, den größten Rückhalt durch die Chinesen. Sie hatten sicherlich gehofft, als Entgelt später besonders großen Einfluß in Kambodscha zu erhalten. Insofern könnte die Entmachtung des Prinzen auch ein Signal für eine noch stärkere Abkapselung des Landes sein.

Die genaue *neue Konstellation in der Führungsspitze* ist noch ungewiß. Als neuer Staatschef fungiert der Führer der nationalistischen Kommunisten, der bisherige Verteidigungsminister *Khieu Samphan*. Zusammen mit dem radikalen Revolutionär *Jeng Sary*, der bisher stellvertretender Ministerpräsident war, wird er vermutlich die Führungsrolle einnehmen. Damit wären die Repräsentanten der „Roten Khmer“ endgültig die eigentlichen Machthaber Kambodschas. Die bisherige Regierung unter Führung von *Penn Nouth* hat nach den ersten Wahlen vom 20. März offiziell ihren Rücktritt erklärt. Damit dürfte eine Übergangsphase beendet sein, in der Prinz Sihanouk als Aushängeschild, außenpolitischer Repräsentant und Alibi für die Bevölkerung noch notwendig erschien. Der Spielraum des Prinzen wurde immer enger, die Diskrepanz zwischen seinen Auffassungen und denen der „Roten Khmer“ immer größer.

Die neue Verfassung machte dies besonders deutlich. Während Prinz Sihanouk nicht müde wurde, darauf hinzuweisen, daß auch unter den neuen Machthabern die *Grundrechte* und alle *Religionen* respektiert würden, heißt es in Artikel 20 der Verfassung, die Gewissensfreiheit werde garantiert, doch „die Religionen“, die an der Zer-

störung Kambodschas mitgewirkt hätten, seien verboten (vgl. *Le Monde*, 7. 1. 76). Da eine Präzisierung fehlt, ist man auf Vermutungen angewiesen, wer damit gemeint sein könnte. Der Buddhismus scheint auszuschneiden, da er von der Mehrheit der Bevölkerung praktiziert wurde und zumindest jetzt noch zu stark verwurzelt ist. Den persönlichen Glauben attackiert man noch nicht gezielt (die religiöse Praxis dagegen wird durch die Umstände unmöglich gemacht). Das heißt aber nicht, daß er keinen Pressionen ausgesetzt ist. Vielmehr machte man keinen Unterschied zwischen buddhistischen Mönchen und der übrigen Bevölkerung bei der Zwangsevakuierung und -rekrutierung. Teilweise sollen Tempel zerstört oder besetzt worden sein. Noch im Oktober hatte Sihanouk von Buddha als dem „ersten Sozialisten in der Geschichte“ gesprochen: „Buddha ist rot! Oder wenigstens rosa...“ (*Le Monde*, 11. 10. 75).

Der Islam schien zunächst nicht gemeint zu sein, weil man aus Rücksichtnahme auf die islamischen Staaten eine solche Konfrontation wohl vermeiden wollte. Doch soll es im November eine Revolte islamischer Kambodschaner in der Region von Krauchmer gegeben haben, die brutal niedergeschlagen wurde. Gründe für diese Erhebung waren wohl in erster Linie die Verpflichtung, Khmer-Kleidung zu tragen und die Schändung religiöser Bücher (nach F. Ponchaud, a. a. O.).

So bleibt eigentlich nur das Christentum, obwohl das bei seiner zahlenmäßigen Bedeutungslosigkeit unwahrscheinlich klingt. Gemeint sein könnten dann eigentlich auch nur die Protestanten, weil man ihnen eine enge Verbindung zu den Amerikanern nachsagt. Doch über das spezielle Schicksal dieser Minderheit ist nichts bekannt. Bisher verlautete nichts über eine besonders diskriminierende Behandlung der zuletzt rund 5000 Katholiken mit einem Bischof, einem Apostolischen Präfekten, fünf Priestern und fünf Ordensfrauen (vgl. *HK*, Mai 1975, 217 ff., Juli 1975, 323 ff.). Bekannt ist lediglich, daß an verschiedenen Orten katholische Friedhöfe, Kirchen und andere Gebäude zerstört wurden (vgl. *Spiritus*, Nr. 62, *Katholische Missionen*, 3/76) und kein ausländischer Missionar im Lande bleiben durfte.

Vietnam: Wiedervereinigung vorrangig

In Südvietnam ist die Entwicklung in mancherlei Hinsicht anders verlaufen. Hier konnte man davon ausgehen, daß Nordvietnam als Vorbild für die Umgestaltung des Südens gelten werde. Daß es aber so schnell auf eine Zusammenfassung beider Teile und die Wiedervereinigung hinauslaufen werde, hatte man angesichts des geschichtlich bedingten Mentalitätsunterschiedes zwischen Nord- und Südvietnamesen und wegen der völlig unterschiedlichen Prägung durch zwei verschiedene Gesellschaftsordnungen allgemein nicht erwartet.

Allerdings war man besser auf die neue Situation nach dem 30. April vorbereitet als das benachbarte Kambodscha. Nordvietnamesisches Militär, Parteikader und Spezial-

sten wurden gezielt eingesetzt, um die neue Ordnung einzuführen. Lange Zeit blieb unklar, welche politischen Posten und Gremien den Kurs bestimmten, doch merkte man diese Kompetenzunsicherheit im täglichen Leben wohl kaum. Hanoi hat die Fäden fest in der Hand, Moskau unterstützt den Kurs mit Geld und Worten, während Peking wie ausgebootet erscheint.

Als vordringlichste Aufgaben wurden genannt: Neuordnung der Wirtschaft, Umerziehung der Massen und Aufbau politischer Strukturen als Vorbereitung auf die Wiedervereinigung. Der traditionelle Selbstständigkeitsdrang des Südens machte sich auch hier noch einmal bemerkbar, stimmten doch die Delegierten des Südens bei der gemeinsamen Konferenz zur Vorbereitung der Einheit keineswegs so ohne weiteres allen Vorstellungen Hanois zu (NZZ, 18. 11. 75). Rivalitäten gibt es allein schon um die künftige Hauptstadt.

Doch auch in Südvietnam stehen die Probleme der *Wirtschaft* im Vordergrund. Trotz massiver Hilfe durch den Norden sind die Kriegsschäden nicht so schnell zu beseitigen, zumal die vietnamesischen Kommunisten durch ihre militärische Offensive des vorigen Jahres die versprochenen riesigen Hilfssummen der Amerikaner verspielt haben. Auch Nordvietnam kann natürlich nicht aus dem vollen schöpfen, da es selbst noch stark unter den Folgen des Krieges leidet. Zerstörung von Städten und Industrieanlagen, Veränderungen der Vegetation und der Umweltbedingungen – all dies vergrößert die Lasten. Hinzu kommt das Heer der Arbeitslosen. Vor einem Jahr sollen rund 8 Millionen der ca. 19 Millionen Einwohner Südvietnams entweder ohne Beschäftigung gewesen sein oder eine „unproduktive Tätigkeit“ ausgeübt haben (Current History, Dezember 1975, S. 235).

Eine weitere Hypothek des früheren Regimes ist die *enorme Verstädterung* (nämlich 40%) der südvietnamesischen ländlichen Bevölkerung. Die Landflucht führte zur Notwendigkeit, Reis zu importieren. Die südvietnamesischen Behörden haben nun mit einer großen Umsiedlungsaktion begonnen, die die Menschen wieder aufs Land zurückführen und damit die Versorgung mit Nahrungsmitteln sicherstellen soll. Dies geschieht zwar nicht in dem Ausmaß und mit der Brutalität wie im benachbarten Kambodscha, doch ist ohne Zwang eine solche Umsiedlung wohl kaum möglich. Bei all dem vernachlässigen die Südvietnamesen aber keineswegs die Industrie. Sie wollen diese zügig ausbauen, sind aber auf eine Koordinierung mit dem gänzlich anders strukturierten Norden angewiesen. Zudem müssen sie die Industrie größtenteils umrüsten, da sie bisher fast ausschließlich auf amerikanische Bedürfnisse ausgerichtet war. Japan scheint augenblicklich als Handels- und Entwicklungspartner bevorzugt zu sein. Grundsätzlich dürften die Vietnamesen aus pragmatischen Überlegungen aber auch zur Zusammenarbeit mit anderen westlichen Ländern bereit sein.

Während Nordvietnam reich an Bodenschätzen ist und schon bisher das Hauptgewicht auf die Schwerindustrie

legte, bietet der Süden die natürliche Ergänzung als Nahrungsmittelproduzent. Die regionalen Unterschiede und der notwendige Ausgleich sind wohl von Anfang an wenigstens bezüglich einzelner Maßnahmen zwischen Nord und Süd umstritten gewesen. Inzwischen scheint Hanoi bereit zu sein, den besonderen Bedingungen des Südens Rechnung zu tragen. So hat der während der ersten Kollektivierungskampagne im Norden gestürzte *Truong Chinh* kürzlich erklärt, Hanoi plane für den Süden keine Kollektivierung und keine Gründung landwirtschaftlicher Kooperativen (Far Eastern Economic Review, 5. 12. 75). Ob damit die Konsequenzen aus den abschreckenden Erfahrungen der Landreformkampagne der fünfziger Jahre oder aus entsprechenden südvietnamesischen Vorbehalten gezogen werden?

Umerziehung mit Einschränkungen?

„Eine neue Gesellschaft und Menschen neuen Typs“ sollten in Vietnam entstehen, hieß es nach der Wiedervereinigungskonferenz in Saigon. Die Programme der Nationalen Befreiungsfront und der Revolutionsregierung spielen heute ebensowenig eine Rolle wie die einstmals hofierte sogenannte „Dritte Kraft“. Der „neue Mensch“, geschaffen durch eine „Revolution des Bewußtseins“, ist das heute vorherrschende Ziel in Vietnam. Mit ungeheurem Aufwand (vgl. China News Analysis, Nr. 1033) wird an dieser Aufgabe gearbeitet. Systematisch wird die gesamte Bevölkerung einer Umerziehung in Kursen oder Lagern unterworfen. Durch eine strenge Pressezensur und die Verbannung nichtkommunistischer Literatur versucht man, diesem Ziel noch näher zu kommen. Sämtliche *Erziehungseinrichtungen* wurden von der provisorischen Regierung übernommen. Neue Curricula, Lehrbücher und Lehrer kommen zum Einsatz. Daneben läuft die unaufhaltsame Indoktrinierung der gesamten Bevölkerung.

Trotz allem gibt es immer wieder Hinweise auf Unruhen und weiter bestehenden Widerstand. Drei Gruppen sind dabei zu unterscheiden (vgl. China aktuell, März 1976, S. 95): Anhänger der militanten *Hoa-Hao-Sekte* sollen in der Provinz An Giang Guerillakrieg führen. Die 1939 gegründete Sekte mit ca. 1,7 Millionen Mitgliedern praktiziert einen einfachen reformierten Buddhismus ohne Tempel und Statuen. Sie bemühte sich schon früh um einen dritten Weg zwischen Diem und den Kommunisten, mußte sich aber wegen Verfolgung durch die Saigoner Regierung in den Untergrund zurückziehen. Ihre Hochburg blieb das Mekong-Delta, ihr Gebiet hielten sie bis zum April vorigen Jahres von jeglichem Vietcong-Einfluß frei. Nach jüngsten Angaben soll ihr Widerstand „von den Nordvietnamesen brutal niedergewalzt“ worden sein (NZU, 7. 4. 76). In der Provinz Tay Ninh, wo die religiöse Sekte der *Cao Dai* starken Einfluß hat, bildeten sich ebenfalls Widerstandsgruppen. Diese Sekte mit ca. 2 Millionen Anhängern stellt eine Mischung asiatischer und westlicher

Sitten und Riten dar. Sie scheint jetzt wenigstens insofern Erfolg mit ihrem Widerstand gehabt zu haben, als sie ihre eigene Provinz Tay Ninh als Verwaltungseinheit behielten.

Die dritte Gruppe, die sich teilweise noch widersetzt, stammt aus den Reihen der *Katholiken*, und zwar hauptsächlich der in den fünfziger Jahren aus dem Norden geflohenen. Die Mitte Februar von der kommunistischen Propaganda groß als Verschwörung herausgestellte Aktion eines katholischen Pfarrers und einiger Sympathisanten in einer Saigoner Kirche kann wohl nicht als typisch oder repräsentativ für die Katholiken angesehen werden (vgl. *Far Eastern Economic Review*, 27. 2. 76). Der Erzbischof von Saigon, Nguyen Van Binh, rief anschließend sofort alle Katholiken Vietnams zur Loyalität gegenüber der Regierung auf. Die Kirche könne in keiner Weise „Organisationen ermutigen oder Taten billigen, die sich im Namen der Religion gegen die jetzige Regierung richten“. Der Erzbischof will die Struktur der Diözesen ändern, personelle Umbesetzungen vornehmen und „Umerziehungskurse“ für Katholiken in allen Pfarrbezirken organisieren. Offiziell wird der Kirche weiterhin Freiheit zugestanden. Die inzwischen erfolgte Ausweisung der meisten ausländischen Missionare und des Apostolischen Delegaten, die „Verbannung“ des neu ernannten Saigoner Koadjutors an einen abgelegenen Ort und die Übernahme aller katholischen Schulen durch den Staat sind allerdings nur schwer mit diesem Versprechen in Einklang zu bringen. Innerhalb der katholischen Gemeinschaft Südvietnams scheinen heute drei Richtungen miteinander zu ringen. Die eine, bestehend aus katholischen Intellektuellen – Geistlichen und Laien –, hatte bereits aktiv die Befreiungsfront unterstützt und bot den neuen Machthabern sofort nach dem 30. April ihre Hilfe an. Sie erhielten die Erlaubnis, die katholische Wochenzeitung „*Tin Sang*“ herauszugeben, und bemühten sich selbst, dem Erzbischof von Saigon die Möglichkeiten eines Miteinanders von Kirche und Staat aufzuzeigen.

Von Anfang an zeigte sich der Erzbischof gesprächsbereit gegenüber den Kommunisten, wohl im Vertrauen darauf, daß die rund zehnpromtente katholische Bevölkerung nicht an die Wand gedrückt werden könnte, vermutlich aber auch aus der Erkenntnis heraus, daß ihm gar keine andere Wahl bleibt. Er geht darum das Risiko ein, als Aushängeschild mißbraucht und von Katholiken als „Verräter“ angesehen zu werden. So nahm er als einer der „276 Repräsentanten des Volkes“ am 20. Dezember an einem Treffen in Saigon teil, bei dem die Vorschläge für die Wiedervereinigung ratifiziert werden sollten. Dennoch ist er weiterhin um einen Ausgleich der verschiedenen Fraktionen bemüht. Er scheint in vertretbaren Bereichen den staatlichen Stellen soweit wie möglich entgegenzukommen, um wenigstens in entscheidenden Glaubensangelegenheiten die Position der Kirche behaupten zu können.

Deshalb ist jede Aktion der dritten Gruppe, die dem neuen Kurs aktiven oder passiven Widerstand bietet, eine

schwere Belastung für den Saigoner Erzbischof und die anderen Bischöfe und Laien, die seinen Weg stützen. Nach anfänglicher einseitiger Anlehnung an die katholische „Linke“ scheint die Regierung jetzt mehr einer Kooperation mit der offiziellen Kirche zuzuneigen. Dies geschieht wohl nicht zuletzt deshalb, weil Partei und Regierung in einer aktiven katholischen Linksbewegung eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz zu sehen scheinen.

Über die Zukunft der Kirche in Vietnam läßt sich derzeit nur spekulieren. Viel hängt von der Entwicklung der innerkirchlichen Linienkämpfe ab. Noch besteht die Gefahr, daß sich Spaltungen, die teilweise von der Regierung gefördert werden, herauschälen, die die Kirche enorm schwächen würden. Viel wird natürlich auch von der Politik der Regierung eines wiedervereinigten Vietnam abhängen, in dem die Katholiken dann nicht mehr – schon rein zahlenmäßig – die große Rolle spielen werden wie im unabhängigen Südvietnam.

Schon jetzt deutet vieles darauf hin, daß die Entwicklung eher in Richtung einer geduldeten, aber durch Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit kraft- und wirkungslos gehaltenen Kirche – wie wir sie jetzt in Nordvietnam vorfinden – hinausläuft.

Grundlegende Neubesinnung auch in Laos und Thailand

Im benachbarten *Laos* hat die Kirche nie die Bedeutung wie in Vietnam gehabt. Deshalb hat sie es dort schon jetzt schwerer. Die meisten ausländischen Missionare sind bereits ausgewiesen, einheimische Kräfte stehen nur in geringem Maße zur Verfügung. Während der Buddhismus aus pragmatischen Gründen noch hofiert wird, starteten die neuen Machthaber soeben eine heftige Attacke gegen das Christentum, das als Teil der ausländischen Einmischungen und des kulturellen Kolonialismus angesehen wird.

Die Bischöfe des Landes stellen sich auf ein Gettoleben der Kirche ein, Hilfe von außen kommt für sie nicht mehr in Frage (vgl. *HK*, April 1976, 220). Zwar ist es in *Thailand* noch nicht soweit, doch will man dort die verbleibende Zeit besser zur Vorbereitung auf die in absehbarer Zeit erwarteten neuen Umstände nutzen. Hier hat die Kirche aus den Erfahrungen der anderen indochinesischen Länder gelernt und hofft, noch rechtzeitig die Weichen für ein eigenständiges kirchliches Leben auch unter kommunistischem Vorzeichen stellen zu können. Dazu bedarf es nicht nur veränderter Strukturen und personeller Umbesetzungen, sondern ebenso einer intensiven geistigen Vorbereitung. Asiens Kirche jedenfalls schaut auf Indochina. Die dortige Entwicklung wird weitgehend als Herausforderung angenommen. Ihre Auswirkungen sind fast überall in Asien spürbar. Angst vor totaler Einengung und Hoffnung auf einen im Rahmen einer asiatischen Kirche überzeugenden Neubeginn konkurrieren miteinander.

Norbert Sommer